

DATENSCHUTZERKLÄRUNG FÜR MANDANTEN

1. Zwecke der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten von unseren Mandanten für folgende Zwecke:

- Tätigkeiten gemäss, Treuhändergesetz und dem Personen und Gesellschaftsrecht, insbesondere:
- Mandatsverwaltung (inkl. Rechtsträgerverwaltung)
- Erfüllung der gesetzlichen Buchführungspflichten
- Schriftverkehr
- Erfüllung gesetzlicher Pflichten in Zusammenhang mit dem THG, PGR und dem ABGB

2. Datenkategorien

In unseren Datenverzeichnissen werden zur Erfüllung unserer Tätigkeiten im Umfang der unter a. angeführten Zwecke folgende Datenkategorien nach Art. 9 DSGVO unmittelbar verarbeitet:

Datenkategorie	Datenbeschreibung	Datenempfänger
Klienten- und Adressdaten	Name, Firma, Geburtsdatum, Privat und/oder Geschäftsadresse, Nationalität, Beruf, Telefonnummer, Emailadresse	z.B. externe Dienstleister (etwa Banken, Vermögens-verwalter, Revisoren) und öffentliche Stellen (z.B. Aufsichts- oder Steuerbehörden)
Legitimationsdaten	Identifikationsdokumente, u.a. Pass- oder Ausweiskopien, Utility bills, Steuernummern, Sterbeurkunden; Authentifikationsdaten, u.a. Unterschriftenproben	Banken, Vermögensverwalter, Vermittler, Treuhandgesellschaften, Steuerberater
Sorgfaltspflichtdokumente	u.a. Vertragspartner, Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten, Profil der Geschäftsbeziehung mit Informationen über den beruflichen und persönlichen Hintergrund (z.B. Beruf und Hobbies), World-Check-Daten, Abklärungen nach SPG	Banken und Vermögens-verwalter, mit dem Mandat verbundene Sorgfaltspflichtige
Mandatsinformationen	u.a. Gesellschaftsdokumente, Bankunterlagen, Korrespondenz, SPG Unterlagen, Steuerdaten, Organbeschlüsse	Behörden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
Buchführungsdaten	Transaktions- und Buchungsinformationen	Behörden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
Korrespondenz	Klientenaufträge, Allgemeines	Banken und Organmitglieder, Behörden aufgrund
Rechtsträgerdaten	Statuten, Beistatuten, Zertifikate, Mandatsverträge, Zeichnungsberechtigungen	Handelsregister und Behörden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
Steuerdaten	FATCA-, AIA-, LDF, AstA-Meldungen	Steuerbehörden aufgrund gesetzlicher Verpflichtung

3. Datenzugriff und Weiterleitung

Personenbezogene Daten von Klienten werden von uns ausschliesslich zur Erfüllung unserer vertraglichen, gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Pflichten zu den unter Pkt. a angeführten Zwecken verarbeitet. Dazu können folgende Stellen personenbezogene Daten erhalten:

- Gruppenunternehmen
- externe Dienstleister und Stellen (z.B. Banken, Vermögensverwalter, Versicherungen, Rechtsanwälte, Revisoren; Lieferanten, Händler, Transportunternehmen, Subunternehmer oder sonstige Kooperationspartner; Verbände, Einrichtungen öffentlichen Interesses); eine Weiterleitung der Daten an uns durch dritte Dienstleister erfolgt nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Klienten.

Sind von uns gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Pflichten zu erfüllen, können insbesondere folgende Stellen personenbezogene Daten erhalten:

- Amtsstellen und öffentliche Stellen (z.B. Aufsichtsbehörden, Gerichte)
- Steuerbehörden (u.a. im Rahmen des Automatischen Informationsaustausches [AIA, FATCA oder weiterer Steuerabkommen]).

4. Herkunft der Daten

Die Daten werden direkt (z.B. bei Besprechungen oder im Rahmen von Korrespondenz mit Klienten; interne Hintergrund- und Sorgfaltspflichtenabklärungen) und teilweise durch dritte Dienstleister (wie Banken, Vermögensverwalter, Revisoren) erhoben.

5. Speicherfrist

Die personenbezogenen Daten werden während der aufrechten Geschäftsbeziehung verarbeitet und gespeichert, sofern keine speziellen kürzeren Lösungsfristen bestehen. Nach Beendigung der Geschäftsbeziehung werden diese Daten auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (PGR, SPG) für mindestens 10 Jahre aufbewahrt. Eine längere Aufbewahrung der Daten erfolgt ausschliesslich auf der Grundlage gesetzlicher oder vertraglicher Aufbewahrungspflichten oder aus Beweis Zwecken innerhalb der Verjährungsvorschriften.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung (Art. 22 DSGVO)

Es findet keine automatisierte Auswertung Ihrer Daten statt. Sollten derartige Verfahren im Einzelfall eingesetzt werden, informieren wie die Klienten im gesetzlich vorgesehenen Umfang.

7. Ihre Rechte

Auskunftsrecht

Sie haben das Recht, Auskunft über die Sie betreffenden Daten, die von den Unternehmen gespeichert werden, zu verlangen. Ein Auskunftsgesuch ist zusammen mit einem Identitätsnachweis in schriftlicher Form an den Datenschutzbeauftragten (siehe lit. h) zu richten. Nach Erhalt Ihres Auskunftsgesuchs wird Ihnen innert der gesetzlichen Frist von 30 Tagen Auskunft erteilt. Die Auskunft kann verweigert, eingeschränkt oder aufgeschoben werden, soweit dies gesetzlich vorgesehen oder wegen überwiegendem Interesse eines Dritten oder eines angefragten Unternehmens erforderlich ist. Das Auskunftsgesuch kann mit einem Antrag auf Berichtigung oder Löschung von Daten verbunden werden.

Recht auf Berichtigung oder Löschung

Sie haben das Recht, schriftlich und unentgeltlich eine Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden Daten zu verlangen, soweit diese unrichtig sind oder zu Unrecht gespeichert oder bearbeitet werden. Ein begründeter Antrag auf Berichtigung oder Löschung ist unter Beischluss eines Identitätsnachweises an den Datenschutzbeauftragten (siehe lit. h) zu richten. Ihr Berichtigungs- oder Lösungsantrag wird nach Erhalt innert angemessener Frist bearbeitet. Die Erledigung Ihres Berichtigungs- oder Lösungsantrages wird Ihnen in der Folge bestätigt. Einer Löschung können unter Umständen gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. In einem solchen Fall werden die Unternehmen die Sie betreffenden Daten nur in jenem Umfang weiterverarbeiten, der zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Widerspruchs- oder Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, schriftlich gegen die Bearbeitung der Sie betreffenden Daten ganz oder teilweise zu widersprechen oder Ihre Einwilligung zur Datenbearbeitung zu widerrufen. Ein Widerspruch oder Widerruf ist zusammen mit einem Identifikationsnachweis schriftlich an den Datenschutzbeauftragten (siehe lit. h) zu richten. Der Zugang Ihres Widerspruchs oder Widerrufs wird Ihnen bestätigt und in der Folge werden die betroffenen Daten gelöscht. Der Befolgung eines Widerspruches oder Widerrufs können unter Umständen gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. In einem solchen Fall werden die Unternehmen die Sie betreffenden Daten nur in jenem Umfang weiter bearbeiten, als dies zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Sperrungsrecht

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden Daten für die Weitergabe an Dritte zu sperren. Ein Antrag auf Sperrung ist unter Beilage eines Identitätsnachweises schriftlich an den Datenschutzbeauftragten (siehe lit. h) zu richten. Der Zugang Ihres Antrages auf Sperrung wird Ihnen bestätigt und Ihr Antrag wird innert angemessener Frist erledigt. Einer Sperrung können unter Umständen gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. In einem solchen Fall werden die Unternehmen die Sie

betreffenden Daten nur in dem Umfang an Dritte weitergeben, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten erforderlich ist.

Beschwerderecht

Sie haben das Recht, eine Beschwerde bei der zuständigen liechtensteinischen Aufsichtsbehörde einzureichen. Sie können sich auch an eine andere Aufsichtsbehörde eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates wenden, bspw. an Ihrem Aufenthalts- oder Arbeitsort oder am Ort des mutmasslichen Verstosses. Die Kontaktdaten der in Liechtenstein zuständigen Datenschutzstelle lauten wie folgt:

Datenschutzstelle Liechtenstein
Städtle 38
Postfach 684
9490 Vaduz
Liechtenstein
+423 236 60 90
info.dss@llv.li

8. Kontakt

Bei Fragen zum Datenschutz und zur Datenbearbeitung wenden Sie sich bitte schriftlich an den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen. Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten wie folgt:

Hermes & Partner
Datenschutzbeauftragter
Industriestrasse 2
9487 Gamprin-Bendern
Liechtenstein
+423 797 55 66
beratung@hermes-partner.li